

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: G. A. Winterlich, Riesa.
Gesamt Nr. 22.

Postfach: Riesa 2100.
Straßen Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Ortha.

Nr. 261.

Dienstag, 11. November 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, 1,00 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 9 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Spalten) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf., Zeitrauben und anderartige Satz 60%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Kost. Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überzahlige Unterhaltungsbeiträge „Träger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: G. A. Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Witzke in Dittich, Riesa.

Beleuchtung von Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betr.

Die nachstehende Vollzeitorordnung vom 12. September 1912, die Beleuchtung der Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betr., bringen wir hiermit in Erinnerung. Im Hinblick auf die Knappheit der Beleuchtungsmittel empfehlen wir jedoch, die Beleuchtung möglichst frühzeitig einzustellen, insbesondere in den Häusern, wo Klingelanlagen vorhanden sind.

Mit der Einstellung der Beleuchtung sind die Häuser zu schließen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 8. November 1919.

G. A. Winterlich.

Straßen und Plätze ausreichend zu beleuchten. Die Beleuchtung hat mit Eintritt der Dunkelheit zu beginnen und mindestens bis 9 Uhr abends anzuhaltend. Die Verpflichtung besteht nicht, solange die Straßenverhältnisse erhalten werden. Der Polizeibehörde gegenüber ist der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter verantwortlich.

Uebertretungen dieser Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Riesa, den 12. September 1912.

Der Rat der Stadt Riesa.

Dr. Scheiber, Bürgermeister.

Die jagungsgemäße Versammlung der im Schulaufsichtsbereich Großenhain zum Besten der Hinterlassenen hängiger Lehrer bestehenden Vegründungskasse findet im Anschluß an die amtliche Hauptkonferenz Donnerstag, am 20. November d. J., mittags 12 Uhr in der alten Turnhalle (Turnstraße) zu Großenhain statt.

Großenhain, am 6. November 1919.

Der Bezirksführer.

Deutschland verlangt von Frankreich die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Note überreicht:

Herr Präsident! Am 20. August dieses Jahres wurde durch eine amtliche Veröffentlichung der Agentur Havas mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, voranzutreiben. Obgleich es wahr ist, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport ununterbrochen beginnen würden.

Die Heimkehr der in amerikanischer, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen hat seit dieser Zeit eingeleitet. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich gleichzeitig, wenn auch infolge des bestehenden Mangels an Schiffraum nur langsam, die Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenschaft in überseeischen Ländern vollzieht oder vorbereitend. Die französische Regierung allein verlangt den deutschen Kriegsgefangenen die Freilassung. Sie hat sich zwar auf Drängen der deutschen Regierung und auf die warme, reich menschlichen Empfindungen entsprechende Forderung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle; Frankreich hat ratifiziert, der Friedenszustand für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Forderung gekommen, noch immer aber warten die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf eine aus nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann.

Auf niemand können diese Leiden von über 400 000 Menschen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verfehlen. Der zweite Winter seit dem Aufhören der Feindseligkeiten rückt mit seiner Härte und Entbehrung heran. Die in den Lagern Frankreichs zurückbleibenden Gefangenen haben ihre glücklicheren, aus amerikanischer, belgischer und englischer Gefangenschaft der Freiheit zurückgeführten Kameraden an sich vorzuziehen. Sie müssen, ohne selbst auch nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten. Ein Werk der Vermählung, Verarmung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abbruch des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur die Briefe der Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Qual entäußelter Hoffnungen spricht.

Man darf sich über die unbilligen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Gelegenheiten haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die Welt über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die Hinmahnung der Freilassung der Kriegsgefangenen aus äußerster Notlage ist.

Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als grausame Härte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat zu Monat in der Hoffnung auf Wiederkehr seiner Söhne getäuscht sieht. Die deutsche Regierung stützt diese Entwicklung umso mehr, als gleichzeitig die innere Verbindung des Volkstums durch schwere wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Körper durch Zurückhaltung der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden tödlich offengehalten wird, vermag, nach all dem Schrecken, was er erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung zu ertragen; sie muß unausweichlich zu einer Schwächung der Kraft führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig bedarf.

In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht, erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst und fester Vor aller Welt hinzuweisen. Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen: Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die Grenze des Möglichen bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem Entgegenkommen bereitgefunden,

nachdem von autorisierter französischer Seite ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimkehr der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung erwarten zu können, daß die französische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste löst und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiedergibt.

Die „Voss. Zeitung“ auf drei Tage verboten. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Im Montags-Morgenblatt der „Voss. Zeitung“ schreibt ihr Hauptredakteur Georg Bernhard, nachdem er die formelle Berechtigung Frankreichs, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzubehalten, anerkannt und die Zurückbehaltung bei mehr objektiven Denken als durchaus verständlich erklärt hat, folgenden Satz: „Der Erfolg ist, daß die deutsche Regierung, die gerade in der Gefangenenfrage ein verdröhendes Maß von Schuld gegen die eigenen Vorfahren auf sich geladen hat, die ganze Schuld allein auf Frankreich abwälzt.“ Diese Behauptung schließt ein solches Maß bewusster Verleumdung in sich und enthält eine so unangelegliche Beschuldigung, daß die Reichsregierung einstimmig beschloß, diese an Landesherrn gerichtete aggressive Unwahrheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und damit an den Franzen zu stellen. Die „Voss. Zeitung“ hat die äußerste Aufregung in die Hunderttausende von Angehörigen der Kriegsgefangenen getragen und die innere Ordnung aufs Schwerste gefährdet. Ihr Erscheinen ist daher nach dieser Verantwortungslosigkeit auf drei Tage untersagt worden.

20 Millionen zur Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen. Die deutsche Regierung beabsichtigt, neuerdings 20 Millionen Mark zur Bekleidung von Winterkleidung und für bessere Beköstigung für die in feindlicher Hand befindlichen Kriegsgefangenen auszuwenden.

Beschlüsse der Entente. Der Oberste Rat ernannte eine Kommission zur Zusammenfassung des Gerichtshofes für die Aburteilung der auszuliefernden Deutschen. — Die englische Admiralität lehnt die Verantwortlichkeit für die Verleitung der deutschen Schiffe ab, da diese ihr nicht übergeben, sondern nur interniert worden seien. — Die deutsche Regierung hat über die Gemeindevorstände in Oberschlesien eine Antwortnote an den Obersten Rat geschickt, in der sie darauf hinweist, daß das neue Wahlgesetz eine Neuwahl erforderlich. Der Oberste Rat beschloß, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß die Wahlen in Oberschlesien von den Alliierten als null und nichtig betrachtet würden, da sie der Freiheit der Volksabstimmung zuwiderlaufen. Der Rat stimmte dem Entwurf einer ablehnenden Antwort auf die deutsche Note betreffend Polen und Malmedy, wo die Deutschen eine Volksabstimmung durchgeführt haben, zu. — Clemenceau widerspricht der Forderung Englands und Amerikas, die Friedenskonferenz auszulösen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden beschlossen. Havas meldet: Der Oberste Rat beschloß den Austausch der Ratifikationsurkunden mit Deutschland. — Die „N. N.“ bemerken hierzu: Die Meinung ist in dieser Frage unklar, sie soll wahrheitsgemäß nur die formelle Bereitwilligkeit der Alliierten zum Ausdruck bringen, die Ratifikationsurkunden auszutauschen, wenn Deutschland die Forderungen der letzten Note annimmt. Auf diese Note ist aber von deutscher Seite noch keine Antwort erfolgt.

Eine belgische Stimme über die Wiederbevölkerung Deutschlands. Die „Brüsseler Gazette“ bespricht die Ansicht der belgischen Delegierten in London und die Frage des Mißwachsels, die dort zur Verhandlung kam, und bemerkt zum Schluß wörtlich: „Und warum sollen wir die Wiederbevölkerung Deutschlands wünschen, dessen Ueberbevölkerung die Kriegsverluste gewesen ist? Deutschland ist, wie es jetzt ist, bevölkert genug. Ein Ueberfluß an Bevölkerung in Deutschland wird immer eine Gefahr für die Welt bedeuten.“

In den Akten darüber nicht bekannt. Ein Berliner Blatt hat am Sonnabend von einem angeblichen Friedensvertrage der englischen Regierung im Jahre 1917 berichtet. Wie W. T. D. hört, ist in den Akten des auswärtigen Amtes darüber nichts zu finden.

Was ein mehrheitssozialistischer Minister über Erzberger und über die Schuld am Kriege sagt. Wie die „N. N. am Mittag“ meldet, sagte der preussische Minister des Innern Wolfgang Heine in einer Rede in Dessau u. a. folgendes: Die Pläne Erzbergers in der Steuerfrage machen, wenn sie reiflich verwirklicht werden, nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden tot. Wenn so weiter regiert wird, bricht das ganze Reich zusammen. Erzberger hat sich selbst für den Friedensvertrag ausgesprochen. Er muß ihn jetzt

durchführen und die Gelder hernehmen, wo er nur kann, welche Gemeinde hat noch ein Interesse daran zu zahlen, wenn alles in den großen Topf der Entente geht und sie dann zum Bettler wird. Die Bundesstaaten müssen sich mit aller Kraft gegen diese Erzbergerische Theorie wehren. Zum Schluß sagte der Minister, die Behauptung, daß Deutschland allein Schuld am Kriege sei, ist erlogen. Deshalb ist es vom Uebel, nach der Schuld von 1914 und 1910 im Echnuß herumzuwühlen, wie es jetzt in Berlin geschieht.

Zwei betrunkenen französischen Chauffeure in Berlin festgenommen. Wie die „N. N. am Mittag“ meldet, wurden die Chauffeure Melion und Herrol des Chefs der französischen Militärmission, General Dupont, vorläufige Nacht von einer Streife der Sicherheitswehr in der Wilhelmstraße in völlig betrunkenem Zustande festgenommen. Sie hatten vorher einen Bankbeamten bedroht und eine Dame gräßlich beleidigt. Auch die Streife wurde mit Revolvern bedroht. Die Franzosen wurden der Sicherheitspolizei eingeliefert und gestern früh der französischen Militärmission übergeben.

Wagner in einem Pariser Konzert gespielt. In Paris wurde vorgestern in einem Konzert zum ersten Male öffentlich Wagner gespielt, und zwar das Vorspiel zu den „Meistersängern“. Der Veranstalter des Konzerts hatte während der letzten drei Konzerte eine Wählung unter dem Publikum veranstaltet, bei der sich 4000 Wähler für und 20 gegen Wagner aussprachen.

Reichswehrminister Noke sprach in einer Versammlung der Chemnitzer mehrheitssozialistischen Partei. Er bewängelte, daß sich bei der Partei ein Mangel an Einsicht und Entschlußkraft bemerkbar gemacht habe. In Berlin, wo 100 000 Menschen arbeitslos seien, suchten Nerven und Verdruß durch einen wahnwichtigen Generalstreik weitere Hunderttausende auf die Straße zu ziehen. Zur Finanzlage sagte Noke u. a.: An Zinsen werden wir jährlich 10 Milliarden Mark zahlen, d. h. doppelt so viel im Jahre als die gesamte Reichsschuld vor dem Kriege ausmachte. An politischen Rechten ist reichlos alles erreicht worden, was wir ersehnten, aber mit politischen Rechten allein bringt man kein Brot auf den Tisch. Wir haben die Sozialisierung auf andere Weise eingeleitet. In diesem Winter werden dem Reichstage Gesetzesvorlagen zugehen, nach denen die großen Unternehmer mit 75 Prozent besteueret werden; sie werden dann tatsächlich zu besser bezahlten Angestellten ihrer Betriebe. Der Minister sprach dann weiter über den Admarisch nach links und über die angeblichen reaktionären Bestrebungen sowie über die Angriffe auf die Reichswehr. Er erklärte u. a., mit einer hoblen Hand könne das Deutsche Reich nicht regiert werden. An die Weltrevolution glaube er nicht, und wenn sie käme, könne sie Deutschland nicht helfen. Eine Revolution in Amerika müsse zur Folge haben, daß Millionen von Menschen bei uns mit dem Tode bedroht würden.

Ein Reichspräsident. Einen Vorschlag zur Gründung eines Reichspräsidenten macht Dr. Karl Schneider in den „Grenzboten“. Er erinnert an die legendäre Wirkung der französischen Akademie, die so viel für die Heimkehr der französischen Sprache getan hat, und meint, daß auch wir unbedingt einer Zentralstelle bedürften, von der eine vorbildliche Pflege der deutschen Sprache ausgeht. Das Reichspräsident hätte natürlich seinen realen Einfluß unmittelbar nur auf den Sprachgebrauch der deutschen Reichsbehörden auszuüben. Alle Behörden müßten wichtige Veröffentlichungen vor dem Erscheinen dem Reichspräsidenten vorlegen; nichtamtliche Stellen und Einzelpersonen würden aber auch von hier aus mit Rat unterstützt werden. Die Arbeit dieser sprachlichen Behörde denkt sich der Verfasser so, daß in allen Fällen, in denen innerhalb der Reichsbehörden Zweifel über Sprachrichtigkeit auftreten, das Reichspräsident für die Wahl eines guten Sprachgebrauchs sorgt. Diese Entscheidungen würden nach Entschwerden zu sammeln sein, und so würde eine Art Wortbuch des richtigen Sprachgebrauchs entstehen, dessen Begründungen selbstverständlich auch der Allgemeinheit zugänglich sein müßten. Ebenso wäre die mögliche Reinigung der deutschen Amtssprache von Fremdwörtern eine Aufgabe dieser Behörde, und dann müßte sie auch neuhäufig tätig sein, indem sie Vorschläge zur Oebung der Ausdrucksfähigkeit unserer Sprache darbringen würde. Die Geschäfte des Reichspräsidenten könnten von einer ganz kleinen Zahl von Beamten geführt werden, die hervorragende Fachkenntnis ohne jede Einseitigkeit und mit feinstem Sprachgefühl sein müßten; ihnen sollte dann eine größere Anzahl von freiwilligen Hilfskräften zur Seite stehen, und auch gute Kenner fremder Sprachen zur einwandfreien Uebersetzung fremdsprachiger Aktenstücke und sonstiger Materie dürften nicht fehlen. Das Reichspräsident soll eine selbständige Behörde sein, die aber natürlich in enger Verbindung zum Reichsamt des Innern, zur Reichskanzlei, zum auswärtigen Amt und auch zu den anderen Behörden stehen müßte.

Die Preussische Landesversammlung hat den Vorschlag auf Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke im großen Ganzen abgelehnt.

Das Gesamtergebnis der ober-schlesischen Gemeinderatswahlen (Stadtverordneten) läßt sich dahin zusammenfassen: